

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Verheyen (Bielefeld) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985

hier: Einzelplan 25

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/2319, 10/2330 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Rahmen eines Sonderprogramms zur Eindämmung der Armut soll die Bundesregierung unverzüglich die notwendigen gesetzlichen und administrativen Maßnahmen einleiten, um die Wohngeldberechtigung für Schüler, Studenten und Auszubildende wiederherzustellen. Die bislang in § 41 Wohngeldgesetz enthaltene Argumentation, die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe seien durch konkurrierende Geldleistungsgesetze (BAföG, AFG) abgedeckt, ist unzutreffend.

Bonn, den 26. November 1984

Verheyen (Bielefeld)

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

